

Anlage 4: Rahmenvertrag zur Arbeitnehmerüberlassung Veranstaltungstechniker

Rahmenvertrag

Zwischen den

Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH (KBB GmbH)

– Auftraggeberin (nachfolgend „**Entleiherin**“ genannt) –

vertreten durch den Intendanten der Berliner Festspiele Herr Matthias Pees und die kaufmännische Geschäftsführerin der KBB GmbH Frau Charlotte Sieben

und

– Auftragnehmer (nachfolgend „**Verleiher**“ genannt) –

wird folgender Rahmenvertrag geschlossen:

Vorbemerkung

Die Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin (KBB) GmbH vereint drei Institutionen – die Internationalen Filmfestspiele Berlin, die Berliner Festspiele mit dem Gropius Bau und das Haus der Kulturen der Welt – mit einer übergreifenden Organisationsstruktur. Gemeinsam mit ihren drei Geschäftsbereichen realisiert sie Projekte, die zu Begegnungen, zum Austausch und zur Auseinandersetzung mit den Künsten einladen. Die KBB GmbH wird von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien gefördert. Weitere Infos unter www.kbb.eu.

Alle Geschäftsbereiche der KBB sind seit 2013 EMAS ([Eco-Management and Audit Scheme](#)) – Umweltmanagementsystem zertifiziert. Die KBB ist daher bemüht, sowohl bei der Vorbereitung der Vergabe als auch bei der Durchführung von Aufträgen Umweltbelange angemessen zu beachten und zu berücksichtigen.

Auf der Grundlage eines Rahmenvertrages sollen Personaldienstleistungen in Anspruch genommen werden können, die zur temporären Unterstützung der Technikabteilung bei einzelnen Veranstaltungen notwendig sind. Die personelle Unterstützung wird bei der Umsetzung des Aufbaus, der Betreuung sowie dem Abbau von technischen Einrichtungen der Bühnen-, Beleuchtungs-, Ton- und Videotechnik im Zusammenhang mit der Durchführung von Veranstaltungen wiederholt notwendig sein.

Die Leistungen sollen unter Verwendung der bereitgestellten technischen Ausstattung der Auftraggeberin, sowie unter Anleitung und Aufsicht der hauseigenen Fachabteilung erbracht werden.

Dieser Rahmenvertrag regelt die grundsätzlich erforderlichen Leistungen und Bedingungen sowie die gegenseitigen Rechte und Pflichten, die auch den Einzelverträgen zugrunde liegen.

§ 1 Vertragsgegenstand

- (1) Gegenstand dieses Rahmenvertrages ist das Überlassen von Leiharbeitnehmern als Veranstaltungstechniker durch den AN als Verleiher an die KBB GmbH als Entleiherin auf der Grundlage der Bestimmungen des Gesetzes zur Regelung der Arbeitnehmerüberlassung (AÜG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Februar 1995 (BGBl. I S. 158), Neugefasst durch Bek. v. 3.2.1995 I 158; zuletzt geändert durch Art. 10 G v. 22.12.2025 I Nr. 369 um die Veranstaltungen, Festivals und/oder Gastspiele in den Geschäftsbereichen der Entleiherin zu unterstützen und durchführen zu können.
Haupteinsatzorte werden dabei überwiegend das Haus der Berliner Festspiele, das Haus der Kulturen der Welt, sowie ggfls. der Martin-Gropius-Bau und Außenspielstätten im Großraum Berlin sein.
- (2) Die in der Leistungsbeschreibung ([Anlage 2](#)) aufgeführten Aufgaben und Tätigkeiten sind nicht abschließend umrissen und festgelegt, so dass auch andere veranstaltungsbezogene Leistungen Gegenstand der Vermittlung sein können. Die Leiharbeitnehmer werden im Betrieb und für/bei Produktionen der Entleiherin eingesetzt.
- (3) Im Bedarfsfall wird die Auftraggeberin während der Geltungsdauer des Rahmenvertrages Einzelaufträge über die in § 1 (1) in Verbindung mit der Leistungsbeschreibung ([Anlage 2](#)) genannten Leistungen beauftragen.

- (4) Diese Vereinbarung gilt für die während der Vertragslaufzeit anfallenden Vermittlungs-, Beratungs-, Dienst- und Werkleistungen, begründet jedoch keine Pflicht zur Beauftragung in einem bestimmten Umfang, da der Umfang der Leistungen für Veranstaltungstechniker, sowie die Anzahl Veranstaltungen starken Schwankungen unterliegt und der Umfang der erforderlichen Leistungen ständig neu zu planen, zu konzipieren bzw. anzupassen ist.
- (5) Ausgenommen von diesem Rahmenvertrag sind Leistungen, die aufgrund von besonderen Gelegenheiten, Sponsoring, durch Bindungen oder Vorgaben Dritter oder aufgrund zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses bereits bestehender Verträge von Dritten erbracht werden.
- (6) Weiterhin sollen zusätzliche Leistungen zur Arbeitnehmerüberlassung für Veranstaltungstechniker, zu Themen, die in der Leistungsbeschreibung nicht aufgeführt sind, bei Bedarf durch bzw. für alle Geschäftsbereiche der Auftraggeberin in Anspruch genommen werden können.
- (7) Dieser Vertrag begründet keine arbeitsrechtliche Beziehung zwischen Entleiher und Mitarbeitern des Verleihers. Der Verleiher ist ausschließlicher Arbeitgeber der Leiharbeitnehmer und trägt die Verantwortung für die Einhaltung der arbeits-, steuer-, und sozialrechtlichen Bestimmungen. Er bleibt der disziplinarische Vorgesetzte der Leiharbeitnehmer
- (8) Aufgrund des im AÜG geltenden Gleichbehandlungsgrundsatzes sind die Leiharbeitnehmer im Betrieb des Entleihers gleich den eigenen Mitarbeitern zu behandeln. Sie können Auskunft über die im Betrieb des Entleihers für einen vergleichbaren Arbeitnehmer der Entleiherin geltenden wesentlichen Arbeitsbedingungen einschließlich des Arbeitsentgelts verlangen. Es ist Ihnen Zugang zu den Gemeinschaftseinrichtungen oder -diensten im Unternehmen unter den gleichen Bedingungen zu gewähren wie vergleichbaren Arbeitnehmern in dem Betrieb, in dem der Leiharbeitnehmer seine Arbeitsleistung erbringt. Es sei denn, eine unterschiedliche Behandlung ist aus sachlichen Gründen gerechtfertigt (vgl. §§ 13, 13b AÜG).
- (9) Folgende Dokumente sind Vertragsbestandteil und gelten bei Widersprüchen in folgender Reihenfolge:
 - a) der Rahmenvertrag (Anlage 4)
 - b) die Leistungsbeschreibung (Anlage 2)
 - c) das Preisblatt (Anlage 3)
 - d) die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B)
 - e) die Bestimmungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Februar 1995 (BGBl. I S. 158); neugefasst durch Bek. v. 3.2.1995 I 158; zuletzt geändert durch Art. 10 G v. 22.12.2025 I Nr. 369
 - f) Angaben zur Verfügbarkeit
 - g) Verschwiegenheits- und Vertraulichkeitserklärung (Anlage 6)

§ 2 Leistungsumfang

- (1) Aus diesem Rahmenvertrag können alle in der Leistungsbeschreibung (Anlage 2) ausgewiesenen Dienstleistungen, Leistungen und Produkte zur Arbeitnehmerüberlassung für Veranstaltungstechniker abgerufen werden für folgende Personalpositionen:

- a) Bühnentechniker*in
 - b) Meister*innen für Veranstaltungstechnik – Fachrichtung Bühne
 - c) Beleuchtungsmeister*in
 - d) Veranstaltungstechniker*in Fachrichtung Beleuchtung
 - e) Stellwerker*in / Light Operator
 - f) Veranstaltungstechniker*innen der Fachrichtung Ton
 - g) Veranstaltungstechniker*innen der Fachrichtung Video
 - h) Bühnen- und Aufbauhelfer
- (2) Alle Leistungen werden zu dem in der Leistungsbeschreibung (Anlage 4) und im Preisblatt (Anlage 3) festgelegten Bedingungen unter Ausweis der Stundensätze und Zuschläge angeboten.
- (3) Der Entleiher wird den Verleiher rechtzeitig über den voraussichtlichen Bedarf und den Umfang an benötigten Personal zur Arbeitnehmerüberlassung informieren. Ein Anspruch auf Abnahme einer Mindestmenge an Abrufen wird mit diesem Vertrag nicht begründet. Der finale Bedarf kann von den genannten Mengenangaben aus dem Leistungsverzeichnis (Anlage 4) und dem Preisblatt (Anlage 3) abweichen, da letztere nur zu vorvertraglichen Wertungszwecken benannt wurden und Erfahrungswerte zur Kalkulation liefern sollten. Es sind keine Mindestabnahmemengen vorgesehen. Das Auftragsvolumen kann variieren und den tatsächlichen Bedarfen angepasst werden.
- (4) Nachbeauftragungen durch den Entleiher sind kurzfristig und in jedem Umfang möglich, sofern der Betrieb des Verleihers auf diese Leistungen ausgerichtet ist und sofern die Verfügbarkeit des Personals für zusätzliche Leistungen vom Entleiher bestätigt wurde.
- (5) Weitere zusätzliche Dienstleistungen, die in diesem Rahmenvertrag und/oder der Leistungsbeschreibung (Anlage 2) nicht ausdrücklich erfasst sind, aber ergänzend erforderlich werden, können zusätzlich vereinbart werden, sofern der Gesamtwert der Einzelaufträge für diese zusätzlichen Dienstleistungen 50 vom Hundert des Wertes dieses Rahmenvertrages nicht übersteigt. Ein Anspruch des Verleihers auf Einzelbeauftragung mit zusätzlichen Dienstleistungen besteht nicht. Insbesondere ist es dem Entleiher unbenommen, Leistungen, die nicht in der Leistungsbeschreibung (Anlage 4) aufgeführt sind oder Leistungen die am Markt nachweislich günstiger angeboten werden, als die ergänzend angebotenen Leistungen des Verleihers, bei Dritten zu beauftragen.
- (6) Der Verleiher ist zur Selbstdurchführung der Leistungen verpflichtet. Die Unterbeauftragung Dritter bedarf der vorherigen Zustimmung in Textform durch den Entleiher. Die Entscheidung steht im freien Ermessen des Entleihers. Wird die Zustimmung erteilt, übernimmt der Verleiher die Unterbeauftragung, Abwicklung und Abrechnung von Fremdleistungen auf eigene Rechnung und eigenes Risiko und stellt sie der Entleiher zu den im Preisblatt (Anlage 3) vereinbarten Kosten zur Verfügung.
- Der Verleiher muss den Entleiher in die Lage versetzen, die Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit der Unterauftragnehmer zu beurteilen.
- Der Verleiher muss sicherstellen, dass der Unterauftragnehmer die ihm übertragenen Leistungen nicht weiter vergibt, es sei denn, der Entleiher hat zuvor in Textform zugestimmt.
- (7) Der Verleiher hat bei der Durchführung des Vertrages die gesetzlichen Vorschriften sowie die dem Verleiher mit den Vergabeunterlagen übermittelten bzw. benannten Verwaltungs-

vorschriften zu beachten. Neben diesem Vertrag gelten die VOL Teil B (2003) sowie ergänzend die Vorschriften zum Werkvertrags-, Dienstvertrags- und Kaufrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB), soweit sie dem Wesen der jeweiligen Leistung entsprechen.

§ 3 Verpflichtungen des Verleihers

- (1) Der Verleiher verpflichtet sich, dem Entleiher bei Bedarf auf der Grundlage dieses Rahmenvertrages Arbeitnehmer zur Arbeitsleistung zu überlassen und diese gemäß diesem Rahmenvertrag anzubieten. Dabei gelten die in der Leistungsbeschreibung (Anlage 2) und im Preisblatt (Anlage 3) aufgeführten Preise, Anforderungen und Konditionen. Der Verleiher tritt dem Entleiher seine Ansprüche auf Arbeitsleistung gegen den / die überlassenen Arbeitnehmer ab.
- (2) Der Verleiher besitzt eine Erlaubnis zur gewerbsmäßigen Überlassung von Arbeitnehmern gem. Art. 1 § 1 Abs. 1 AÜG mindestens für die Dauer der Vertragslaufzeit. Die zur Vertragsanbahnung im Vergabeverfahren vorgelegte Erlaubnis ist diesem Vertrag (in Kopie) als Anlage beigelegt.
- (3) Der Verleiher verpflichtet sich, die Entleiherin über den Wegfall sowie alle Änderungen der Erlaubnis in Textform unverzüglich zu unterrichten. Im Falle einer Nichtverlängerung, der Rücknahme oder des Widerrufs der Erlaubnis wird der Verleiher die Entleiherin unverzüglich auf das voraussichtliche Ende der Abwicklung und die gesetzliche Abwicklungsfrist gemäß § 2 Absatz 4 letzter Halbsatz AÜG hinweisen.
- (4) Im Falle einer Beauftragung des Verleihers hat dieser zur Erfüllung der Auftragsleistungen alle erforderlichen und notwendigen Maßnahmen zur Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren zu treffen bzw. darauf hinzuwirken, dass diese von den benannten Nachunternehmern eingehalten werden. Dabei sind insbesondere alle entsprechenden staatlichen Mindestlohn-, Tarifvertrags-, Arbeitsschutzvorschriften und die berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütungsvorschriften zu beachten.
- (5) Der Verleiher ist für die jeweilige berufliche und fachliche Eignung des für die konkret vorgesehene Tätigkeit benannten Arbeitnehmers verantwortlich. Er gewährleistet, dass die von ihm überlassenen Leiharbeitnehmer ordnungsgemäß ausgewählt wurden und geeignet sind, die im Einzelvertrag bezeichneten Arbeiten zuverlässig und in Übereinstimmung mit allen gesetzlichen, berufsrechtlichen und berufsgenossenschaftlichen Vorschriften auszuführen. Er verpflichtet sich, auf Verlangen des Entleihers entsprechende Qualifikations- und/oder Berufsnachweise vorzulegen. Der Entleiher behält sich eine eigene Eignungsprüfung, sowie die Ablehnung der des benannten Arbeitnehmer/s ohne Angabe von Gründen vor.
- (6) Der Verleiher stattet die Leiharbeitnehmer sofern erforderlich mit Sicherheitsschuhen, Schutzhelm und/oder Schutzhandschuhen etc. aus.
- (7) Im Falle des Einsatzes von ausländischen Leiharbeitnehmern hat der Verleiher – soweit erforderlich – der Entleiherin die Arbeitserlaubnis und die Aufenthaltsgenehmigung vorzulegen.
- (8) Im Falle einer Beauftragung des Verleihers haftet dieser in vollem Umfang für die von ihm eingesetzten Arbeitnehmer und Erfüllungsgehilfen nach den gesetzlichen Bestimmungen. Er verpflichtet sich, eine Betriebshaftpflichtversicherung in Höhe der im Ausschreibungsverfahren genannten Deckungssummen abzuschließen und vorzuhalten.

- (9) Im Falle einer Beauftragung des Verleihers erbringt dieser seine Leistungen selbst, bzw. mittels der von ihm eingesetzten Erfüllungsgehilfen. Der Verleiher ist gegenüber dem Entleiher für deren Auftragserfüllung verantwortlich. Die Auswahl des zu beschäftigenden Personals und das Direktionsrecht liegen ausschließlich beim Verleiher. Das Recht des Entleihers, gegenüber dem Verleiher Mängelrügen geltend zu machen, bleibt dadurch unberührt.
- (10) Im Falle einer Festanstellung einer Person, die im Zusammenhang mit dem auf Basis dieses Angebotes zustande gekommenen Vertrages auf Seiten des Entleihers tätig geworden ist, schuldet die Auftraggeberin dem Auftragnehmer eine Provision von _____ Netto-Monatsgehältern, wenn die Festanstellung innerhalb von _____ Monaten nach Beendigung der vorgenannten Tätigkeit erfolgt ist. Eine Provision ist nicht geschuldet, wenn die in Zusammenhang mit dieser Tätigkeit bezogenen Informationen (z.B. Kontaktdaten) nachweislich nicht kausal für die Festanstellung waren.
- (11) Im Falle einer Einzelbeauftragung (Abruf) verpflichtet sich der Verleiher, mit der Rechnungslegung Nachweise über seine Leistungen als Anlage beizufügen. Die Rechnungen müssen den gesetzlichen Anforderungen genügen und der Auftraggeberin ermöglichen, die Rechnung auf ihre sachliche Richtigkeit zu überprüfen.
- (12) Der Verleiher sichert der Entleiher die Erreichbarkeit eines persönlichen Ansprechpartners zu und stellt sie durch die namentliche Benennung einer Person sowie ihres/ihrer Stellvertreter*in sicher.
- (13) Im Falle einer Beauftragung des Verleihers benennt dieser gegenüber dem Entleiher einen für die Abwicklung des jeweiligen Einzelauftrages zuständigen Verantwortlichen und Ansprechpartner, sowie dessen Vertreter*in.
- (14) Soweit der Verleiher seine vertraglichen Verpflichtungen infolge höherer Gewalt nicht oder nicht fristgerecht erbringen kann, bzw. die AG die Leistungen aus den genannten Gründen nicht abnehmen kann, gilt § 323 BGB für den Einzelauftrag. Zu den Fällen höherer Gewalt gehören auch behördliche Anordnungen, die einer Durchführung der Leistung entgegenstehen. Sobald die Ursache der Behinderung oder Unterbrechung wegfällt, hat der Verleiher unter Mitteilung in Textform die Leistungen ohne besondere Aufforderung unverzüglich zu erbringen, sofern die Leistung nicht aufgrund ihres absoluten Fixcharakters hinfällig geworden ist. Die bis dahin erbrachten Leistungen sollen unter Anrechnung ersparter Aufwendungen vergütet werden.

§ 4 Rechte und Pflichten der Entleiherin

- (1) Die Entleiherin ist berechtigt, den Leiharbeitnehmern Weisungen hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung der Tätigkeit zu erteilen und die Arbeitsausführung zu überwachen.
- (2) Die Tätigkeit der Leiharbeitnehmer bei dem Entleiher unterliegt gem. § 11 Absatz 6 AÜG den für den Betrieb des Entleihers geltenden öffentlichrechtlichen Vorschriften des Arbeitsschutzrechts. Die hieraus sich ergebenden Pflichten für den Arbeitgeber obliegen dem Entleiher unbeschadet der Pflichten des Verleihers. Insbesondere hat der Entleiher den Leiharbeitnehmer vor Beginn der Beschäftigung und bei Veränderungen in seinem Arbeitsbereich über Gefahren für Sicherheit und Gesundheit, denen er bei der Arbeit ausgesetzt sein kann, sowie über die Maßnahmen und Einrichtungen zur Abwendung dieser Gefahren zu unterrichten. Der Entleiher hat den Leiharbeitnehmer zusätzlich über die Notwendigkeit besonderer Qualifikationen oder beruflicher Fähigkeiten oder einer

besonderen ärztlichen Überwachung sowie über erhöhte besondere Gefahren des Arbeitsplatzes zu unterrichten.

- (3) Der Verleiher hat den ordnungsgemäßen Einsatz der Schutzausrüstung der Leiharbeitnehmer sicherzustellen und gegebenenfalls zu kontrollieren.
- (4) Der Verleiher unterweist die Leiharbeitnehmer bezogen auf ihren jeweiligen Arbeitsplatz und den Aufgabenbereich in Sicherheit und Gesundheitsschutz. Dies umfasst auch die Unterweisung und Übung bei der Benutzung von persönlicher Schutzausrüstung, die gegen tödliche Gefahren oder bleibende Gesundheitsschäden schützen soll. Die Unterweisung ist zu dokumentieren.
- (5) Der Verleiher informiert den Leiharbeitnehmer über die jeweils geltende Hausordnung in den jeweiligen Geschäftsbereichen.
- (6) Einrichtungen und Maßnahmen der ersten Hilfe werden von der Entleiherin sichergestellt.
- (7) Die Entleiherin ist verpflichtet, dem Verleiher Arbeitsunfälle unverzüglich anzuzeigen.
- (8) Die Entleiherin wird die Leihunternehmer i.S. von § 13a AÜG über offene Stellen im Unternehmen unterrichten

§ 5 Austausch eines Subunternehmers

- (1) Die Entleiherin ist berechtigt, bis zum Ablauf des 2. Tages des Arbeitseinsatzes eines Leiharbeitnehmers zu verlangen, dass ein Leiharbeitnehmer bis zum Folgetag oder innerhalb einer angemessenen Frist ausgetauscht wird, wenn er dessen Weiterbeschäftigung aus leistungs-, personen- oder verhaltensbedingten Gründen ablehnt. Kommt der Verleiher diesem Verlangen nicht unverzüglich nach, kann der Entleiher den Vertrag hinsichtlich dieses Arbeitnehmers kündigen (Teilkündigung) und Schadenersatz wegen Nichterfüllung verlangen. Die Kündigung bedarf der Textform. Die Textform wird durch die Zusendung der Kündigung per E-Mail gewahrt.
- (2) Der Verleiher hat auf Anforderung dem Entleiher geeigneten Ersatz zu vermitteln. Gleiches gilt im Falle des entschuldigten oder unentschuldigten Fehlens des Leiharbeitnehmers.
- (3) Liegt ein Grund vor, der einen Arbeitgeber zur außerordentlichen Kündigung gemäß § 626 Abs. 1 BGB berechtigen würde, kann die Auftraggeberin fristlos kündigen und den Leiharbeitnehmer mit sofortiger Wirkung von der Arbeitsstelle zu verweisen. Für den nächsten Tag kann der Entleiher geeigneten Ersatz verlangen.

§ 6 Einzelbeauftragung

- (1) Jeder Abruf von Leistungen aus diesem Rahmenvertrag erfolgt als Einzelauftrag. Die Auftraggeberin definiert ihren konkreten Bedarf für die jeweilige Veranstaltung und fordert diesen beim Auftragnehmer an. Die im Preisblatt (Anlage 3) vereinbarten Stundensätze und Zuschläge sind für die Einzelaufträge verbindlich.
- (2) Für den Abschluss von Einzelverträgen gilt das nachfolgend beschriebene Procedere:
In dem jeweiligen Einzelauftrag werden der Aufgabenbereich, die Dauer des Einsatzes, die Mitarbeiterdaten des Leiharbeitnehmers, sowie die vereinbarte Arbeitszeit je nach Einsatz erfasst.

Enthält die Leistungsanforderung Leistungen, die nicht in der Leistungsbeschreibung (Anlage 2) und dem Preisblatt (Anlage 3) aufgeführt sind, erstellt der Verleiher nach Erhalt der Leistungsanforderung ein Angebot in Textform, das sämtliche in der Leistungsanforderung formulierten, sowie sämtliche weiteren zur erfolgreichen Durchführung des Einzelprojektes erforderlichen Leistungen und Preise umfasst. Die terminlichen Vorgaben des Entleihers sind entsprechend zu berücksichtigen. Das Angebot ist unverzüglich vorzulegen.

Der Entleiher bestätigt die Annahme des Angebotes durch eine Beauftragung in Textform.

- (4) Die Leiharbeitnehmer dürfen ausschließlich mit den in dem jeweiligen Einzelvertrag festgelegten Tätigkeiten beschäftigt werden. Sie dürfen daher nur die für die Ausführung der vereinbarten Tätigkeit erforderlichen Geräte, Werkzeuge und Maschinen benutzen.
- (5) Wird eine bestimmte Dauer der Überlassung nicht ausdrücklich einzelvertraglich vereinbart, so endet sie spätestens nach achtzehn Monaten bzw. nach der im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz in seiner jeweils geltenden Fassung geltenden max. Höchstdauer. Zuvor kann jede Seite den Vertrag unter Einhaltung einer Frist gemäß § 621 BGB kündigen.

§ 7 Leistungsumfang, Change-Order Procedure für Einzelverträge

Art und Umfang der zu erbringenden Leistungen richten sich nach dem konkreten Einzelvertrag. Änderungen der Einzelverträge sind nur unter Einhaltung der nachfolgenden Change-Order-Procedure zulässig:

- (1) Der Entleiher ist jederzeit berechtigt, den Umfang des Einzelvertrages durch Mitteilung in Textform an den Verleiher zu vergrößern oder zu verringern, sofern der Verleiher auf diese Leistungen eingerichtet ist.
- (2) Der Verleiher erstellt nach Erhalt der geänderten Leistungsanforderung ein geändertes Angebot in Textform zur Vermittlung der Leistungen, dass sämtliche in der Leistungsanforderung formulierten, sowie alle weiteren zur erfolgreichen Durchführung des Einzelprojektes erforderlichen Leistungen und Preise umfasst und auf der Grundlage des beigelegten Preisblattes als Teil dieses Rahmenvertrages erstellt wird. Die terminlichen Vorgaben der Auftraggeberin sind entsprechend zu berücksichtigen.
- (3) Der Entleiher wird daraufhin entweder die Verringerung/Vergrößerung zurücknehmen, eine Anpassung verlangen oder die Annahme des Angebotes durch eine textliche Beauftragung bestätigen.

§ 8 Vergütung

- (1) Für die Erbringung seiner Leistungen erhält der Verleiher eine Vergütung gemäß den im Preisblatt (Anlage 3) aufgeführten Stundensätzen, Zuschlägen, Anforderungen und Konditionen.

- (2) Im Falle der Begründung eines sozialversicherungsrechtlichen Beschäftigungsverhältnisses mit einer Person, die im Zusammenhang mit einem auf der Basis dieses Rahmenvertrages zustande gekommenen Einzelauftrags für den Entleiher tätig wird, schuldet der Entleiher dem Verleiher eine Abfindung gemäß der in § 3 Abs. 10 des Rahmenvertrages aufgelisteten Vergütung, wenn die Festanstellung innerhalb von 9 Monaten nach Beendigung der vorgenannten Tätigkeit erfolgt. Eine Abfindung ist nicht geschuldet, wenn die in Zusammenhang mit dieser Tätigkeit bezogenen Informationen (z.B. Kontaktdaten) nachweislich nicht kausal für die Festanstellung waren.
- (3) Abweichungen zu den vereinbarten Konditionen können projektbezogen in Textform vereinbart werden.
- (4) Kosten, auch Spesen und Auslagen sind nur gegen Nachweis und nur dann zu erstatten, sofern sie im Voraus in Textform vereinbart wurden.
- (5) Reise- und Unterbringungskosten werden nicht erstattet.
- (6) Sämtliche Preise des Auftragnehmers verstehen sich zuzüglich der zum Zeitpunkt der Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer.
- (7) Die o.g. Stundensätzen gelten für die Dauer des Vertrages als vereinbart. Eine Anpassung der angebotenen Preise ist frühestens zum 01.09.2027 möglich, wenn
 - a) der Abschluss oder die Änderung von Lohn- und Rahmentarifverträgen, die für den Verleiher bindend sind, dies erforderlich macht,
 - b) wenn es zu erheblichen Veränderungen bei den für das Angebot zugrunde gelegten Lohn- und Gehaltskosten gekommen ist. Erhebliche Veränderungen liegen vor, wenn sich die Lohn- und Gehaltskosten um mehr als 3 % erhöht haben. Der Auftragnehmer hat in diesem Fall die bei Abgabe des Angebots zugrunde gelegten bzw. kalkulierten Preise offenzulegen.

§ 9 Rechnungsstellung

- (1) Die Rechnungsstellung und der Leistungsnachweis sind insbesondere hinsichtlich Art, Personaleinsatz, Umfang und Zeitpunkt der Einzelleistungen sowie des hierfür aufgetragenen Zeitaufwandes in Stunden und Zuschlägen zu erstellen.
- (2) Die Abrechnung erfolgt aufgrund der von den Leiharbeitnehmern geführten Stunden-nachweise. Diese sind nach jedem Einsatz, spätestens jedoch zu dessen Ende von einem Berechtigten der Entleiherin zu kontrollieren und zu unterschreiben. Nicht oder nicht vom Berechtigten der Entleiherin unterschriebene Stunden-nachweise werden nicht anerkannt.
- (3) Der Auftragnehmer wird auf allen Rechnungen und im sonstigen kaufmännischen Schriftverkehr die Auftragsnummer der Auftraggeberin angeben.
- (4) Rechnungen müssen vollständig und prüfbar sowie insbesondere mit allen rechnungs-relevanten Anlagen versehen sein.

- (5) Die Auftraggeberin ist verpflichtet, elektronische Rechnungen gemäß der E-Rechnungs-VO entgegenzunehmen. Die Leitweg-ID der KBB lautet: 992-80111-11
- (6) Die Erfüllung der Zahlungspflicht tritt mit Zahlungsanweisung des vereinbarten Betrages zugunsten des vom Verleihers benannten Kontos ein. Eine Verpflichtung zum Abgleich des Namens des Kontoinhabers mit der auf einer Rechnung benannten Kontonummer besteht nicht. Für Kosten der Rechtsverfolgung sowie den Verlust der Vergütung im Falle einer Fehlüberweisung aufgrund einer fehlerhaften Angabe des Verleihers haftet dieser selbst.

§ 10 Laufzeit

- (1) Der Rahmenvertrag gilt für den Zeitraum vom 01.09.2026 bis zum 31.08.2027. Der Entleiher ist zum Abruf der Leistungen aus diesem Rahmenvertrag nur verpflichtet, wenn und soweit die Leistungen vom Entleiher benötigt werden.
- (2) Der Rahmenvertrag umfasst die einseitige und unbedingte Option, dass der Entleiher durch einseitige schriftliche Erklärung bis zum 31. Mai des Jahres die Leistungen zu den angebotenen Bedingungen auch für den Zeitraum vom 01.09.2027 bis 31.08.2028 sowie vom 01.09.2028 bis 31.08.2029 i.S.v. § 315 BGB bestimmen und beauftragen kann. Der Verleiher erkennt an, dass der Entleiher nicht dazu verpflichtet ist, den Vertrag in den Jahren 2027/2028 und 2028/2029 durch die Optionsausübung zu verlängern.
- (3) Der Rahmenvertrag endet nach der unter Absatz 1 genannten Laufzeit, ohne dass es einer Kündigung bedarf, spätestens aber zum 31.08.2029.
- (4) Die Optionsausübung und jede Änderung oder Kündigung des Vertrages hat in Textform zu erfolgen.
- (5) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus besonderem Grund bleibt hiervon unberührt.

§ 11 Kündigung

- (1) Verleiher und Entleiherin können diesen Vertrag sowie die hierauf beruhenden Einzelaufträge jeweils aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist kündigen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere dann vor, wenn Tatsachen vorliegen, auf Grund derer dem Kündigenden unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles und unter Abwägung der Interessen beider Vertragsparteien die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses bis zum Ablauf der Kündigungsfrist oder bis zum vereinbarten Ablauf der Vertragslaufzeit nicht zugemutet werden kann. Besteht der wichtige Grund in einer Vertragsverletzung der jeweils anderen Partei, ist eine Kündigung nur nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe bestimmten Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig.
- (2) Ein wichtiger Grund i.S.v. Abs. 1 S. 1 liegt zudem vor, wenn der Verleiher Dienstkräften der Verwaltung Geschenke oder andere Vorteile im Sinne der §§ 331 ff.

StGB verspricht, anbietet oder gewährt oder im Zusammenhang mit den Tätigkeiten für die Entleiherin

Geschenke oder andere Vorteile im Sinne von §§ 331 ff. StGB von Dritten annimmt, annehmen oder sich versprechen lässt.

- (3) Kündigt die Entleiherin diesen Vertrag aus wichtigem Grund, erhält der Verleiher Vergütung für die bis zur Kündigung erbrachten Leistungen nach den gesetzlichen Vorschriften.
- (4) Im Übrigen gelten die gesetzlichen Kündigungsfristen des § 621 BGB.
- (5) Eine Kündigung dieses Vertrags bedarf der Textform.

§ 12 Haftung

- (1) Der Verleiher steht dafür ein, dass die überlassenen Arbeitnehmer allgemein für ihre in der Anlage zu diesem Vertrag angegebenen Tätigkeiten geeignet sind. Er ist zur Nachprüfung von Arbeitspapieren, insbesondere von Zeugnissen der Arbeitnehmer auf ihre Richtigkeit hin oder zur Einholung von polizeilichen Führungszeugnissen verpflichtet. Der Verleiher stellt den Entleiher von jeglicher Haftung gegenüber Dritten frei, sofern Schäden durch sein rechts- oder vertragswidriges Verhalten oder durch das seiner Leiharbeitnehmer entstehen.
- (2) Der Verleiher stellt den Entleiher und seine Erfüllungsgehilfen von Schadenersatzansprüchen seiner Leiharbeitnehmer frei.
- (3) Der Verleiher haftet nicht für Schäden, die die ordnungsgemäß ausgewählten Leiharbeitnehmer bei der Entleiherin verursacht haben.
- (4) Im Falle von gesetzlichen und vertraglichen Haftungstatbeständen, wie beispielsweise Verzug, Vertragsverletzungen, Unmöglichkeit, Unvermögen und unerlaubte Handlungen, haftet der Verleiher nur für grobe Fahrlässigkeit, soweit der Schaden für ihn vorhersehbar war.
- (5) Sollte der Verleiher seinen vertraglichen Verpflichtungen aus diesem Vertrag nicht nachkommen, so haftet er der Entleiherin gegenüber für den daraus entstehenden Schaden.

§ 13 Verschwiegenheitsverpflichtung und Geheimhaltung

- (1) Der Verleiher hat die überlassenen Arbeitnehmer arbeitsvertraglich zu verpflichten, dem Entleiher gegenüber Treue und Verschwiegenheit wie gegenüber einem Arbeitgeber zu wahren, soweit nicht berechnete Interessen des Verleihers entgegenstehen.
- (2) Der Verleiher verpflichtet sich, über alle Informationen, die er während der Ausführung des Auftrags vom Entleiher erhält, strengstes Stillschweigen gegenüber jedem Dritten – auch über die Beendigung des Auftrags hinaus – zu bewahren. Der Verleiher wird die von ihm vermittelten Personen in gleichem Umfang zur Einhaltung und Beachtung der Verschwiegenheit verpflichten.

§ 14 Fürsorgepflicht

Der Entleiher steht dem Verleiher dafür ein, die Fürsorgepflicht eines Arbeitgebers gegenüber den überlassenen Arbeitnehmern wahrzunehmen.

§ 15 Mitwirkungspflichten, Zusammenarbeit

Der Entleiher wird dem Verleiher die für die Erbringung der Leistung erforderlichen wesentlichen Unterlagen, Informationen und Daten zur Verfügung stellen.

§ 16 Vertragsbedingungen

Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) und das Leistungsverzeichnis (Anlage 4), sowie die besonderen Vertragsbedingungen (Anlage 3 Ziff. II.) finden Anwendung.

§ 17 Schlussbestimmungen

- (1) Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam sein, so berührt das die Wirksamkeit der Vereinbarung im Übrigen nicht. Die Parteien verpflichten sich vielmehr, die unwirksame Bestimmung durch eine wirksame Regelung zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung am nächsten kommt. Sollte der Vertragszweck mit wirksamen Regelungen nicht erzielbar sein, kann jede Partei den Vertrag fristlos kündigen.
- (2) Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Textform.
- (3) Gerichtsstand und Erfüllungsort ist Berlin.

Datum

Auftragnehmer (Name elektronisch in Textform)

Kaufmännische Geschäftsführerin

Intendanz

(bei Zuschlag)